Alle gegen zwei im Stadtrat

LANGENTHAL Die Stadträte Daniel Steiner und Bernhard Marti haben heikle Fragen zum Arbeitsklima und zu Beschaffungen gestellt – allerdings nicht in der Geschäftsprüfungskommission. Beim Gemeinderat und bei vielen ihrer Kollegen kam dies gar nicht gut an.

«Der Gemeinderat erachtet den von den Interpellanten gewählten Weg als falsch, persönlichkeitsschädigend und in keiner Weise lösungsorientiert.»

Thomas Rufener (SVP)

«Sechs Seiten Antworten für vier Fragen, und die blieben trotzdem weitgehend unbeantwortet.»

Bernhard Marti (SP)

«Wir sind gegen jedes Gemauschel und haben bewusst das Mittel der parlamentarischen Vorstösse gewählt, damit nichts unter dem Deckel gehalten werden kann.»

Daniel Steiner (EVP)

Begonnen hat alles am 16. Dezember 2013. Zu diesem Zeitpunkt war Daniel Steiner (EVP) noch Stadtratspräsident. Bernhard Marti (SP) war damals und ist heute immer noch GPK-Präsident. Gemeinsam reichten die beiden zwei Interpellationen ein. Sie hätten dies als gewöhnliche Parlamentarier getan und nicht in ihren Zusatzfunktionen, so sagen sie. Sie seien aber in diesen Funktionen aus der Bevölkerung heraus mit Fragen angegangen worden. Als gewählte Volksvertreter hätten sie diese Fragen aufgenommen und mit ihren Vorstössen bewusst an den Gemeinderat herangetragen.

Die beiden stellten Fragen zum Führungsverständnis und -verhalten innerhalb der Stadtverwaltung sowie zur Vergabe von Aufträgen beim Informatikprojekt «ICT4kids». Der Gemeinderat hatte diese Fragen vor der Stadtratssitzung bereits ungewohnt umfangreich schriftlich beantwortet (wir berichteten). Am Montagabend nahm Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) zusätzlich mündlich Stellung. Auch das ist aussergewöhnlich. Er las seine Antwort zu beiden Vorstössen in Schriftsprache vom Manuskript ab. Sie sei am 19. Februar vom gesamten Gemeinderat einstimmig verabschiedet worden.

Nur noch Personalrechtliches

Nach Verweisen auf die Geschäftsordnung erklärte Rufener, die Sachfragen seien schriftlich beantwortet worden. Beide Interpellationen hätten aber auch personalrechtliche Fragen zum Gegenstand, die sich auf Informationen beziehen würden, die offenbar nur den Fragestellern, nicht aber dem Gemeinderat bekannt seien. Zudem sei das Verhalten einzelner, identifizierbarer Personen der Verwaltung infrage gestellt worden. Das könne er als Stadtpräsident nicht dulden.

Die Öffentlichkeit gesucht

Dass der amtierende Stadtratspräsident sich selber Fragen einreiche, das habe es in Langenthal während der letzten zwanzig Jahre noch nie gegeben. Auch dem GPK-Präsidenten Bernhard Marti seien andere Wege offengestanden, seine Fragen einzugeben. «Der Gemeinderat beurteilt es als fragwürdig und in hohem Masse unfair, diese Fragen ohne jede Rücksichtnahme auf Verfahrensabläufe, eine Beweissicherung oder die Anhörung der Betroffenen zu stellen.» Der Inhalt einer Interpellation sei ab dem Zeitpunkt der Einreichung öffentlich. Das hätten die beiden bewusst in Kauf genommen.

«Der Gemeinderat erachtet den von den Interpellanten gewählten Weg als falsch, persönlichkeitsschädigend und in keiner Weise lösungsorientiert», so Rufener. Die Frage nach möglichen persönlichen Verflechtungen des Fachbereichsleiters Informatik und der Lieferanten sei aus der Sicht des Gemeinderates «absolut inakzeptabel». Hier würden Personen in der Öffentlichkeit diffamiert. Das sei politische Stimmungsmache.

Rufener fragte: «Falls Beweise vorliegen sollten, warum wird dann nicht eine aufsichtsrechtliche Beschwerde geführt?» Der Gemeinderat spreche dem Informatikchef jedenfalls sein vollstes Vertrauen aus.

Ein Ombudsmann?

Mit dieser Antwort war Bernhard Marti gar nicht einverstanden. Er konstatierte: «Sechs Seiten Antworten für vier Fragen, und die blieben trotzdem weitgehend unbeantwortet.» Eine regelmässige Mitarbeiterbefragung oder eine unabhängige Ombudsstelle erachte er als selbstverständlich für eine moderne Verwaltung. Ihm sei bekannt, dass bei früheren Austritten von Chefbeamten nicht einmal ein Gespräch mit den Vorgesetzten stattgefunden habe. Das widerspreche der Aussage von einem guten bis sehr guten Arbeitsklima.

Dank einem Ordnungsantrag von Markus Gfeller, der im Namen aller bürgerlichen Parteien sprach, konnte der Rat weiter diskutieren.

Der frühere GPK-Präsident Urs Zurlinden (FDP) sprach von einem «Rundumschlag ins Leere», von «fehlender politischer Kultur», von «Unterstellungen ohne Substanz» und destruktiven Vorstössen. Er fragte Marti, ob er als GPK-Präsident nicht die Konsequenzen ziehen sollte.

«Undemokratisch»

Mit Daniel Steiner wies auch der zweite Interpellant sämtliche Vorwürfe «in aller Form und Deutlichkeit» zurück. «Undemokratisch und unplatziert» seien sie. «Wir sind gegen jedes Gemauschel und haben bewusst das Mittel der parlamentarischen Vorstösse gewählt, damit nichts unter dem Deckel gehalten werden kann.» Die Antworten des Gemeinderates wertete er als Vernebelungstaktik. In Bezug auf die Materialbeschaffung für rund 500 Computerarbeitsplätze an den Schulen goss Daniel Steiner sogar noch zusätzliches Öl ins Feuer: «Die Verwaltung scheint in vielen Punkten überfordert zu sein.»

Mit Pascal Dietrich (JLL) meldete sich ein weiteres GPK-Mitglied zu Wort. «Ich höre hier heute vieles zum ersten Mal, das ist sehr mühsam.» Patrick Freudiger (SVP) sprach von Suggestivfragen, versteckten Vorwürfen und unbedachten Hüftschüssen. Sein Parteikollege Beat Sterchi stellte fest: «Offenbar funktioniert unser Oberaufsichtsorgan GPK nicht.» Er sei erschüttert, dass solche Vorwürfe gar nicht erst in diese Kommission kämen. «Hier wurde inkompetent und dilettantisch gehandelt.»

Mit Frustrationen umgehen

Wenig oder gar keine Unterstützung bekamen die Interpellanten aus ihren eigenen Parteien. Die Linke schwieg, die Rechte drosch auf sie ein. Beatrice Lüthi (FDP) versuchte zu vermitteln: «Wir sollten Probleme lösen und nicht Staub aufwirbeln.» Sie arbeite selber auf einer Verwaltung. Da müsse man auch mal verlieren und mit Frustrationen umgehen können. «Es ist nun mal so: Die Verwaltung ist für die Politik und die Bevölkerung da, nicht für sich selber.» *Robert Grogg*

Auf die Verwaltung wird nicht «geschossen», das steht für Stadtpräsident Thomas Rufener fest. *Robert Grogg*

BZ Kommentar

Robert Grogg
Redaktor

Immer noch offene Fragen

Vieles ist eine Frage des Stils. Entsprechend wurde im Stadtrat am Montag denn auch weitgehend über Formales und wenig über Inhaltliches debattiert. EVP-Stadtrat Daniel Steiner bekommt nicht zum ersten Mal Probleme, weil er seine Rolle als Volksvertreter anders interpretiert als viele seiner Rats- oder Parteikollegen. Zudem befindet er sich im Wahlkampf. Hätten er und SP-Stadtrat Bernhard Marti Beweise vorlegen können, dann würden sie nun ganz anders dastehen. Die blieben sie aber schuldig, und damit ist klar: Sie hätten tatsächlich den Weg über die Geschäftsprüfungskommission einschlagen müssen. Die ist dazu da, heikle Vorwürfe zu untersuchen.

Jetzt müssen sich die beiden Stadträte vorwerfen lassen, sie hätten ihr eigenes politisches Süppchen kochen wollen. Anzunehmen, der Gemeinderat bezichtige sich bei der Arbeitsvergabe selber allfälliger Fehler, war fast schon naiv.

Trotz der grossen Kollegenschelte im Stadtrat darf allerdings nicht vergessen gehen, dass noch nicht alle Fragen beantwortet sind. So hat der Gemeinderat nach wie vor nicht schlüssig erklären können, warum er die Informatikaufträge dermassen gestückelt hat, dass keine Konkurrenzofferten eingeholt werden mussten.

Mail: robert.grogg@bernerzeitung.ch

In Kürze

LANGENTHAL

Tardent gewählt

Mit Emanuel Tardent (Grüne) nimmt Anfang März ein neues Mitglied Einsitz in der städtischen Finanzkommission. Der Archivar/Historiker und frühere Stadtrat (2001 bis 2004) ersetzt seine per Ende Februar zurücktretende Parteikollegin Anna Aeberhard. Der Stadtrat hat ihn am Montag einstimmig gewählt. *khl*

LANGENTHAL

Stadt prüft ihr Stromsparpotenzial

Elektrische Geräte auf Stand-by-Modus statt ganz abschalten: eine gängige Praxis in vielen Büros und Wohnstuben. Eine Verminderung des unnötigen Stromverbrauchs – Experten schätzen den Stand-by-Anteil auf 5 Prozent des schweizerischen Gesamtstromverbrauchs – prüft jetzt die Stadt Langenthal: Mit 35 Ja bei 1 Enthaltung hat der Stadtrat das Postulat «Goodbye Standby» von Karin Rickli (Grüne) überwiesen. Es sei die Pflicht einer «Energiestadt», den Energieverbrauch zu reduzieren, hatte sich zuvor Gemeinderat Pierre Masson (SP) für den Vorstoss starkgemacht. Der Gemeinderat wird nun prüfen, wie der Stand-by-Verbrauch in den städtischen Einrichtungen gesenkt werden kann. *khl*

Witschi für Lanz

LANGENTHAL Am Schluss der Stadtratssitzung gab Rudolf Lanz (FDP) bekannt, er habe aus gesundheitlichen und damit persönlichen Gründen seine Demission eingereicht. Lanz hat zehn Jahre politisiert. Im vergangenen Jahr erlitt er einen Schlaganfall. Davon habe er sich zwar erholt, er wolle jetzt aber beruflich und politisch kürzertreten. Er lud seine Ratskollegen zu einem Paellaessen ein. Stadtratspräsident Markus Bösiger dankte Rudolf Lanz für seinen Einsatz und überreichte ihm einen Blumenstrauss. Auf der FDP-Liste wird Michael Witschi in den Stadtrat nachrutschen. *rgw*

Lichtsmog: Frist erneut verlängert

LANGENTHAL Der Lichtsmog im Stadtgebiet bleibt vorerst unreguliert. Notwendige rechtliche Grundlagen sollen erst im neuen Baureglement festgehalten werden.

Die nächtliche Lichtverschmutzung durch künstliches Licht soll in Langenthal eingedämmt werden. Schon 2010 hat das Parlament die Motion «Stopp dem Lichtsmog» des damaligen GLP-Stadtrats Manuel Ischi überwiesen. 2012 wurde dem Gemeinderat jedoch eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist eingeräumt. Nun hat der Stadtrat die Frist ein zweites Mal verlängert. Es mache keinen Sinn, jetzt ein separates Reglement zu erarbeiten, verwies Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) auf die angelaufene Erstellung eines Siedlungsrichtplans, auf dessen Grundlagen schliesslich das Baureglement revidiert werden soll. Der Gemeinderat beantragte daher eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist bis zur Umsetzung der Baureglementsrevision. Im Parlament war dies an sich unbestritten. Auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission wurde die Verlängerung aber explizit auf Ende 2020 befristet. Bis dahin muss gemäss kantonaler Verordnung das Baureglement angepasst worden sein. *khl*

Zwei Klassen weniger

LANGENTHAL Die Volksschule Lotzwil wird ab Schuljahr 2015/2016 eine eigene Sekundarschule mit durchlässigem Modell führen, weil dies in Langenthal fehlt. Stadtrat Daniel Steiner (EVP) fragte nach den Auswirkungen auf Langenthal. Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst antwortete, man werde pro Schuljahr durchschnittlich 11, total also 33 Schüler verlieren. Es sei mit der Schliessung von bis zu zwei Klassen zu rechnen. Dass Thunstetten ähnliche Überlegungen anstelle, sei ihr nicht bekannt. Die verschiedenen Schulmodelle würden durch eine Arbeitsgruppe geprüft. *rgw*

Günstiges Bauland?

LANGENTHAL In der parlamentarischen Fragestunde wollte Stadträtin Barbara Graf Baumgartner (SP) wissen, wie die Stadt preisgünstiges Wohnen fördere und wo sie noch über zentrale Baulandreserven für preisgünstiges Wohnen verfüge. Stadtpräsident Thomas Rufener antwortete mit «eigentlich nirgends». Die Stadt verfüge im Prinzip nur gerade gegenüber der Bibliothek und der Musikschule im Kreuzfeld noch über Land, das heute als Parkplatz genutzt werde. Er wies aber auf die Wohnbaugenossenschaft Freiland sowie auf die Wohnbaugesellschaft Langeten AG hin. *rgw*